



Angespannte Mienen vor der Ratssitzung: Viele Borchener wollen keine weitere Windkraftanlagen in der Altenaugemeinde akzeptieren.

FOTO: MARC KÖPPELMANN

# Rückendeckung für Allerdissen

**Namentlich:** Borchener Gemeinderat stimmt dem Antrag auf Zulassung einer Berufung gegen das Mindener Windkrafturteil gestern mehrheitlich zu. Auch gegen zehn Baugenehmigungen des Kreises soll geklagt werden

Von Marco Schreiber

■ **Borchener.** Am Ende der Debatte wird im Borchener Gemeinderat namentlich abgestimmt. Hartmut Oster (Bündnis 90/ Die Grünen) hatte dieses eher seltene Verfahren zunächst beantragt, dann jedoch darauf verzichtet. Claudia Pagel (FWB FDP) brachte es wieder ins Spiel, eine deutliche Ratsmehrheit stimmte zu.

So rief Bürgermeister Rainer Allerdissen (SPD) jedes einzelne Ratsmitglied auf und fragte dessen Entscheidung ab. Soll sich die Gemeinde für eine Berufung gegen das Mindener Windkrafturteil einsetzen, mit dem der Borchener

Flächennutzungsplan in Sachen Windkraft gekippt worden war? Und soll die Gemeinde gegen die Baugenehmigungen von insgesamt zehn Windrädern klagen, die der Landkreis kurz nach dem Mindener Urteil erteilte?

Um es vorweg zu nehmen: Sie soll. Alle elf Mitglieder der SPD-Fraktion stimmten mit Ja, während sich zehn CDU-Leute der Stimme enthielten. Grüne und Freie Wähler stimmten mit Nein.

Zwei Mitglieder der CDU-Fraktion sowie je ein Mitglied der Grünen und der Freien Wähler hatten sich schon vor der Debatte als befangen erklärt und nahmen an der Abstimmung nicht teil.

Der Abstimmung ging gestern Abend eine lange und kontroverse Debatte voraus. Dass bei dieser Sitzung auch der Etat der Gemeinde beschlossen wurde, konnte fast in Vergessenheit geraten. Dabei gingen die Fraktionsvorsitzenden bereits in ihren Haushaltsreden auf des Thema Windkraft ein.

Auf der Tribüne, mit etwa 50 Besuchern fast voll besetzt, zogen einige Gegner weiterer Windkraftanlagen kurzzeitig ein Transparent auf, was der Bürgermeister mit Hinweis auf die Würde des Parlaments jedoch unterband.

Nach der Entscheidung im Haupt- und Finanzausschuss sah es eher danach aus, dass

Allerdissen bei der Abstimmung im Rat eine Schlappe erleiden würde. CDU und Grüne hatten sich in dem Gremium gemeinsam gegen die Beschlussvorlage gestellt. Bei der Ratssitzung wiederholten sie ihre Argumente. Es gehe darum, Schaden von der Gemeinde und von den Ratsmitgliedern abzuwenden, sagte Hansjörg Frewer (CDU).

Es sei möglich, dass mit dem privaten Vermögen für einen eventuellen Schaden aufzukommen sei. „Das ist ein Risiko für die Ratsmitglieder“, so Frewer. Zumal der Bürgermeister auch allein und ohne Ratsbeschluss klagen könne.

Er allein sei für Klage- und Rechtsgeschäfte zuständig,

bekräftigte Harald Kuhnigk (CDU). „Warum hebt er es jetzt auf die Ebene des Rates?“

Weil es sich von selbst verbiete, den Rat bei einer solch richtungweisende Entscheidung nicht einzubeziehen, erwiderte Allerdissen. Zudem habe ein Anwaltsbüro beschleunigt, dass ein Haftungsrisiko ausgeschlossen werden dürfe.

Jürgen Schmidt (SPD) warf der CDU eine „linke Nummer“ vor. Sie sei an allen Beschlüssen zuvor beteiligt gewesen und „ziehe nun den Schwanz ein“, statt die Sache konsequent zu Ende zu führen. „Lehnen sie nicht die Verantwortung ab“, so der frühere Fraktionschef.